

Horst Weishaupt



**DIPF**

Bildungsforschung  
und Bildungsinformation

# **Sozialindizierte Lehrerzuweisung in Hessen. Aus der Sicht der Bildungsforschung**

Vortrag am 20. März 2017 im Rahmen der Fachtagung der GFPPF  
„Sozialindizierte Lehrerzuweisung – Auf dem Weg zu einer gerechten  
Bildung?“ im DIPF Frankfurt am Main

# Gliederung

1. Was ein Sozialindex?
2. Wie wird ein Sozialindex berechnet?
3. Besteht ein Bedarf an einem Sozialindex?
4. Sozialindex statt „Gießkannenprinzip“ bei der Schulfinanzierung
5. Verwaltung des Bestehenden oder Finanzierung des Notwendigen?
6. Langfristige Folgen der Verwaltung des Bestehenden für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und die ökonomische Zukunft

# 1. Was ist ein Sozialindex?

- **Ein Sozialindex verbindet statistische Daten, um die soziale Belastung von Gemeinden, Stadtteilen, Einzugsbereichen von Bildungseinrichtungen oder der Zusammensetzung der Besucher von Bildungseinrichtungen zu erfassen.**
- Er wird im Schulwesen berechnet, weil über Schülerinnen und Schüler keine Merkmale zum Bildungsstand, Beruf und Einkommen der Eltern im Rahmen der Schulstatistik erhoben werden, über die soziale Lage der Schülerinnen und Schüler aber Kenntnisse wünschenswert sind.

# Definition und Funktion eines Sozialindex im Schulbereich

- Mit der Berechnung eines Sozialindex sind drei Zielsetzungen verbunden:
- (1) Es sollen damit standortspezifisch unterschiedliche Ressourcenzuweisungen (insbesondere für Kindertagesstätten, Grund- und Hauptschulen) begründet werden können, damit durch die soziale und ethnische Zusammensetzung der Besucher bedingte Standortnachteile ausgeglichen werden können.
- (2) Im Zusammenhang der Einführung von Schulinspektionen wünschten die Inspektoren Informationen, um die Rahmenbedingungen der Arbeit an den Schulen besser einschätzen zu können.

# Definition und Funktion eines Sozialindex im Schulbereich

- (3) Im Zusammenhang der landesweiten Lernstandserhebungen entstand ein Interesse daran, über einen Sozialindex für einzelne Schulen Standortunterschiede zu erfassen und dadurch faire Vergleiche zwischen den Schulen zu ermöglichen.

Die Intentionen zur Entwicklung eines „Sozialindex“ stehen folglich in engem Zusammenhang mit Ansätzen neuer Steuerung der Schulen über zentrale Leistungsüberprüfungen, Bildungsstandards und Maßnahmen der Qualitätssicherung von Schule und Unterricht.

## 2 Wie wird ein Sozialindex berechnet?

Der Sozialindex wird in Hessen – wie in Nordrhein-Westfalen - auf der Basis von Bevölkerungsstrukturdaten berechnet und erfasst damit die soziale Belastung der Kreise (Hessen auch Gemeinden) und kreisfreien Städte.

Indikatoren sind:

- die Arbeitslosenquote,
- die Sozialhilfequote und
- die Quote an Wohnungen in Einfamilienhäusern (als soziodemografische Merkmale)
- der Ausländeranteil unter den Schülern als schulstatistisches Merkmal.

Die Entwicklung eines Sozialindex verursacht einige Probleme, z B.:

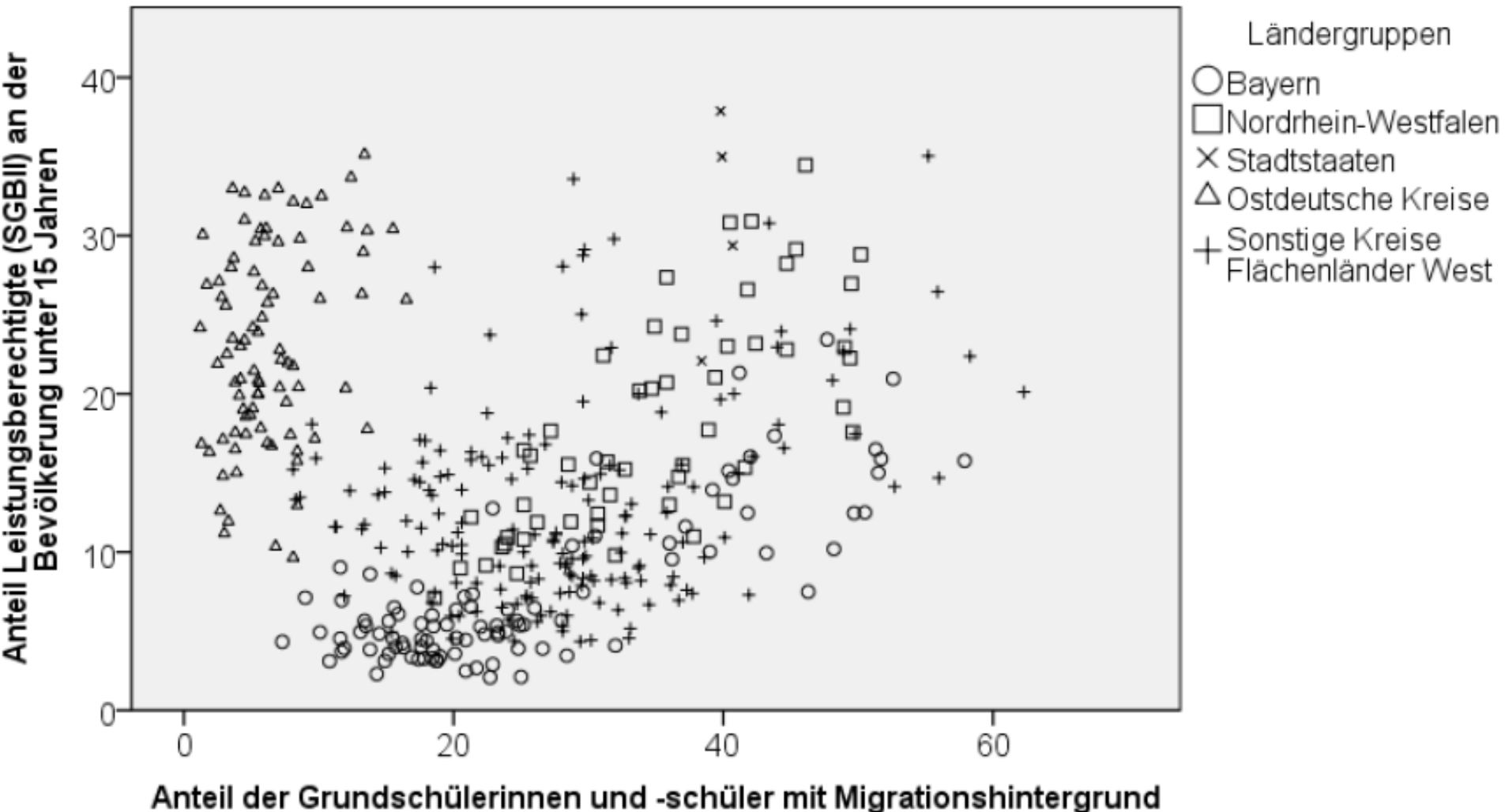
- Auswahl der Kennziffern, die in einen Index eingehen
  - theoretische Ableitung
  - Gewichtung/Nicht-Gewichtung der Kennziffern
  - Effizienz
  - Nichtreaktive Bestimmung des Sozialindex
- 
- Bewährt hat sich die Kombination von SGBII-Quote (oder ein Armutsindikator aus der Schulstatistik) und Migrationssituation als Ersatzindikatoren für die traditionellen Indikatoren der sozialen Lage.

### 3 Besteht ein Bedarf an einem Sozialindex?

- Beschluss der Kultusministerkonferenz 2007 zur schulischen Integration Kindern mit Migrationshintergrund:
- „Die Länder sind sich bewusst, dass Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund auch einen höheren Aufwand betreiben müssen, um Integrationsarbeit im erforderlichen Umfang leisten zu können. Es besteht deshalb Einigkeit, dass für diese Schulen auch spezifische Mittel bereitgestellt werden, sei es durch Senkung der Frequenzen, Erhöhung des Lehrpersonals oder Unterstützung der Lehrkräfte durch sozialpädagogische Fachkräfte der Jugendhilfe. Diese Schulen benötigen besonders qualifiziertes Personal.“



# Die Kreise Deutschlands nach dem Anteil der Grundschülerinnen und -schüler mit Migrationshintergrund im Mai 2011 (Zensusergebnisse) und den Hilfequoten (SGB II) der Kinder unter 15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften im Juni 2011 an der Bevölkerung unter 15 Jahren nach Ländergruppen



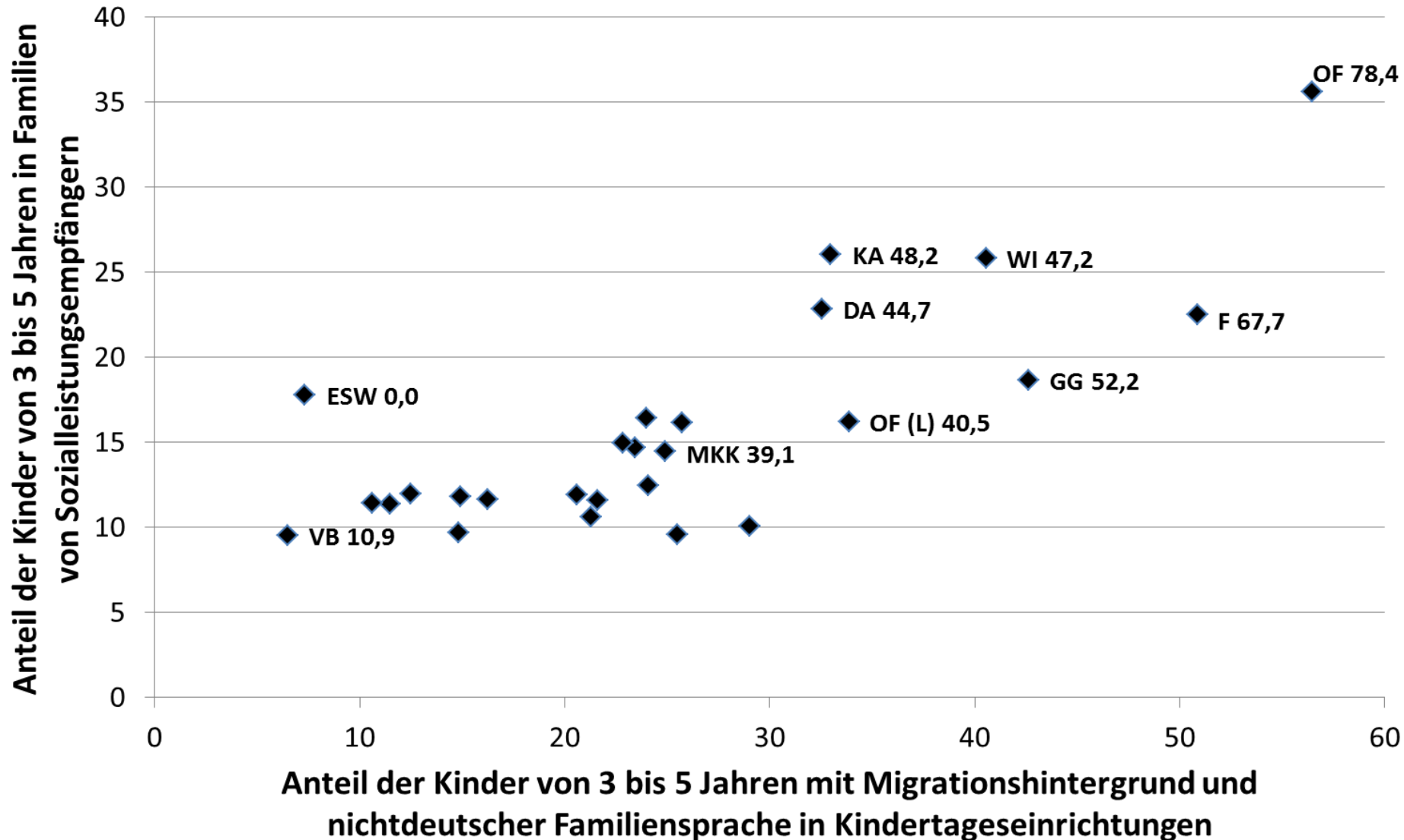
Die Lebenslage der Kinder zwischen den Kreisen Deutschlands ist extrem unterschiedlich. Sie verweist auf noch größere Unterschiede auf der Ebene der Einzelschule, denn die Situation an den einzelnen Schulen variiert um den Kreismittelwert.

In Ostdeutschland führt der große Anteil armer Kinder in den Schulen zu sozialen Belastungen.

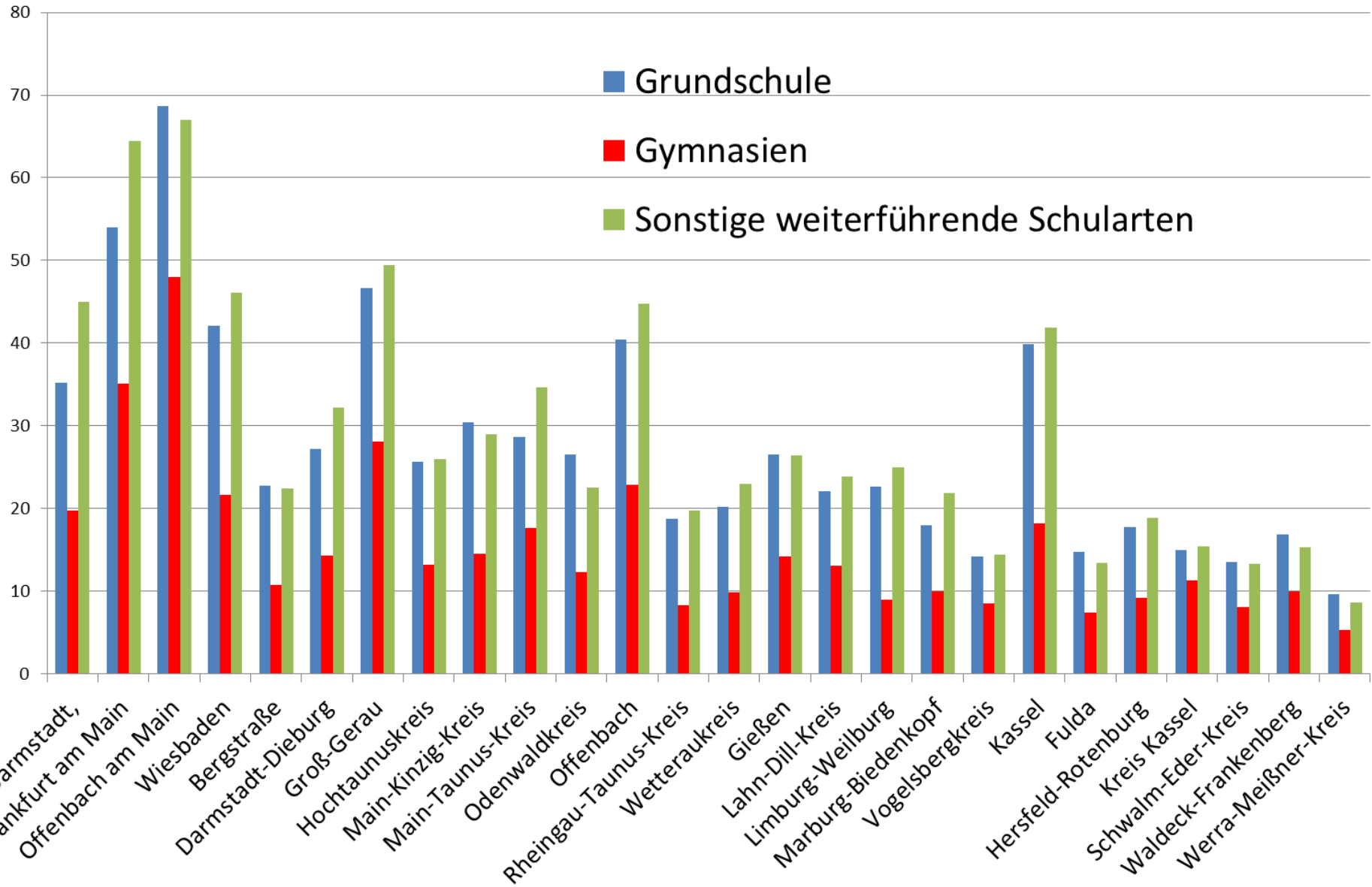
In Westdeutschland ist es der hohe Migrantanteil und damit verbundene soziale und kulturelle Unterschiede an den Schule.

**Schulen in schwieriger Lage sind keine Randerscheinung des Schulwesens. Alle Länder sind von der Problematik von Schulen in schwieriger Lage betroffen.**

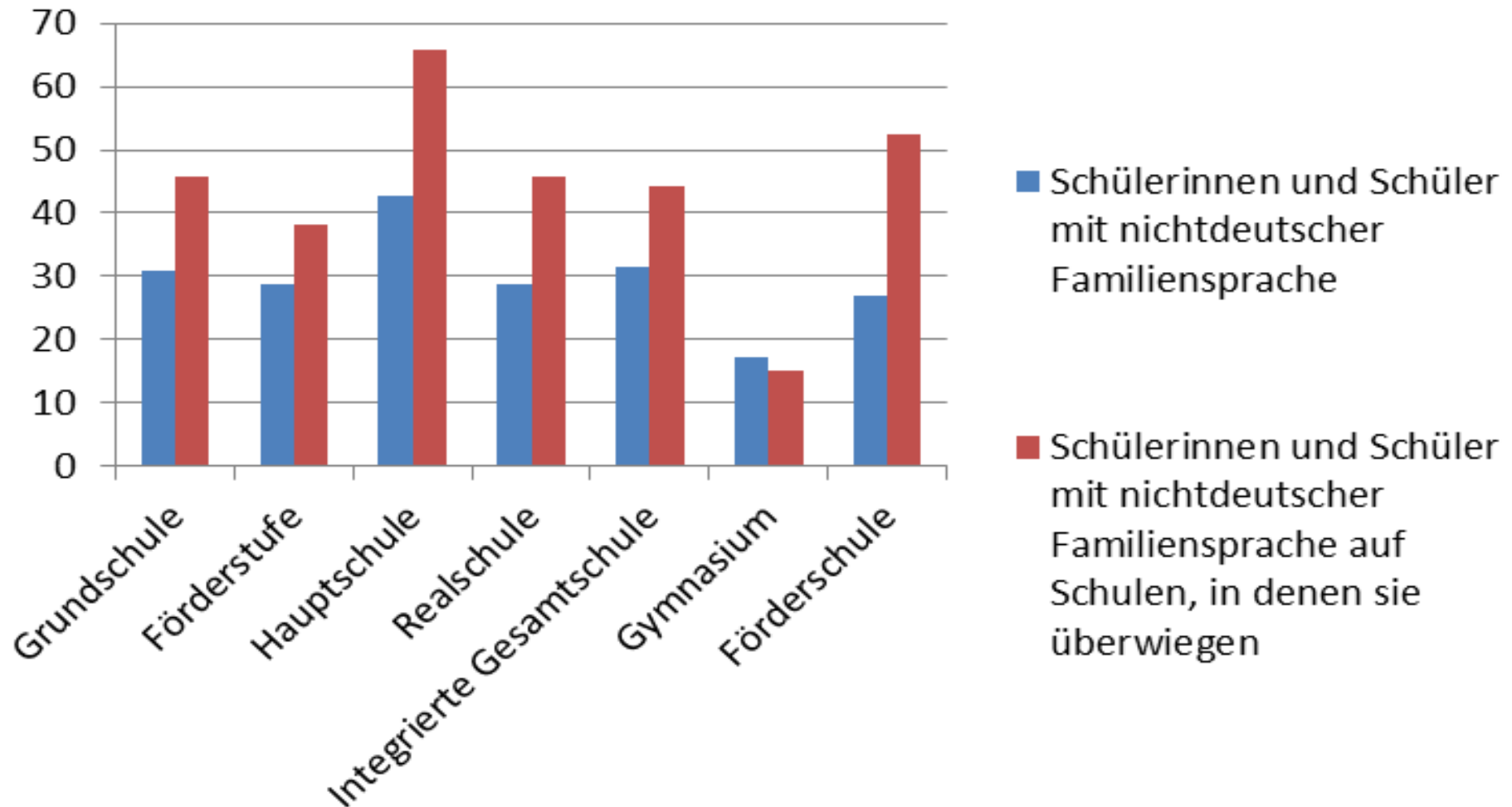
# Hessische Kreise nach den sozialen Bedingungen im Kindergartenalter 2015/16 (in der Abb: Anteil der Kinder ndF in Einrichtungen in denen sie überwiegen)



# Anteil der Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Familiensprache nach Schularten und Kreisen in Hessen 2015/16



# Anteil der Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Familiensprache nach Schulart im Schuljahr 2015/16 in Hessen und Anteil unter ihnen, die Schulen mit mehr als 50% Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Familiensprache besuchen



## 4. Sozialindex statt „Gießkannenprinzip“ bei der Schulfinanzierung

Ansatzpunkte für bedarfsabhängige Mittelzuweisungen

- Zusätzliche Erzieher-/Lehrerstellen oder sonstiges pädagogisches Personal,
- Mittel für Sprachförderung,
- Mittel für Ganztagsschulangebote,
- Mittel für Sozialarbeiter, pädagogische Zusatzkräfte,
- Mittel für die inklusive Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf (der mit der sozialen Lage der Schulen variiert).
- Mittel für Kooperationen mit außerschulischen Akteuren (Berlin)

Dieser Mittelbedarf entsteht durch die doppelte Schulträgerschaft bei den Ländern und Kommunen.

# Konzepte für sozialindexgesteuerte Mittelzuweisungen in Deutschland

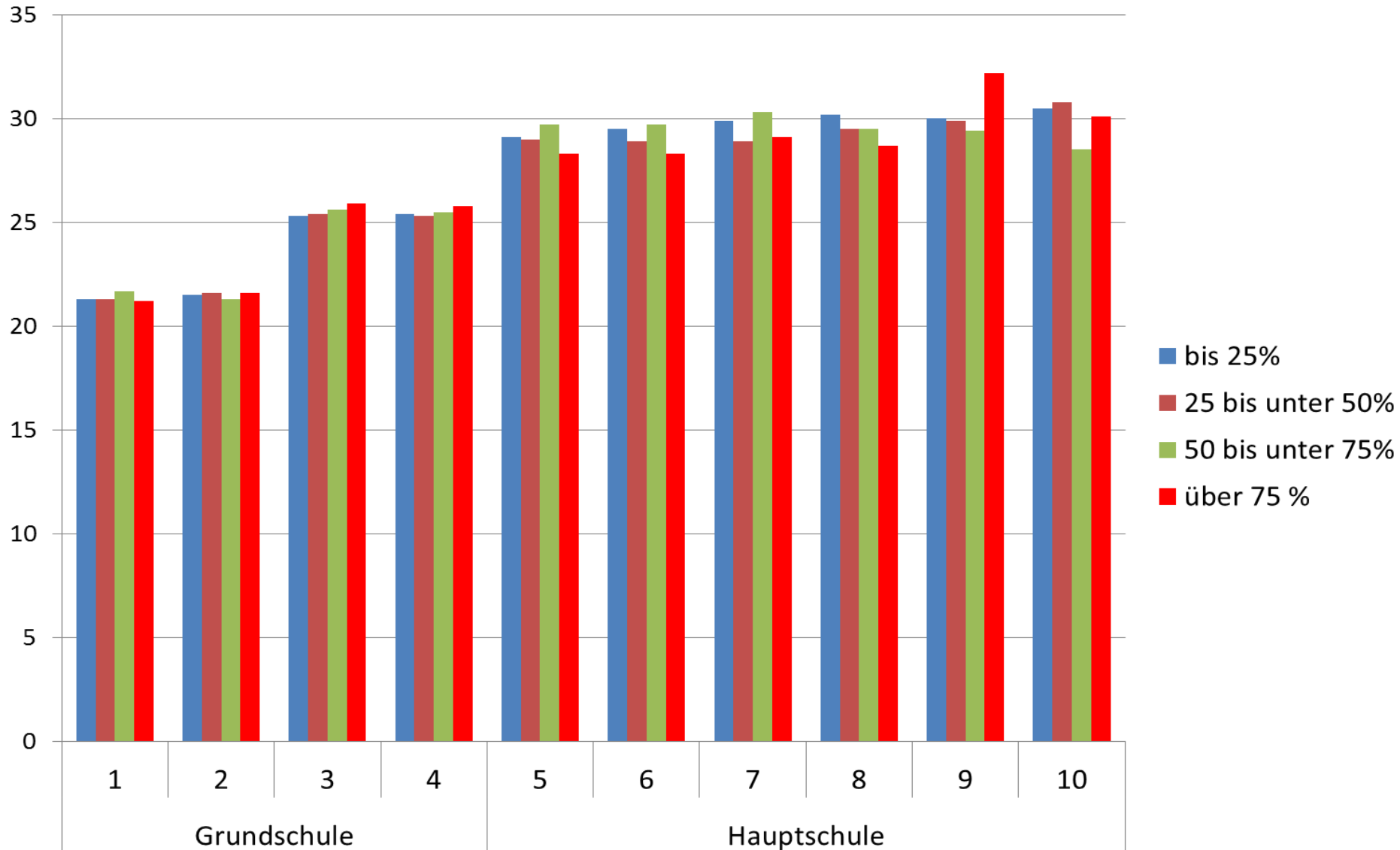
In Hamburg werden über den Sozialindex belasteten Grundschulen bis zu einem Drittel mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt als den nicht belasteten Schulen.

In Hessen und Nordrhein-Westfalen sind die wenigen Stellen für den sozialen Ausgleich eine Maßnahme „symbolischer Politik“.

In Nordrhein-Westfalen zeigt die Gesamtzuweisung von Lehrerstellen keinen deutlich positiven Effekt für belastete Kreise. In Rheinland-Pfalz ist in sozial belasteten Regionen die Lehrkräftezuweisung an Grundschulen sogar schlechter als in den anderen Regionen. Stark belastete Realschulen Plus haben eine um 12% bessere Lehrkräfteversorgung.

Umfang und Wirkung der Programme in Berlin und Bremen sind schlecht dokumentiert.

# Lehrerversorgung der Klassenstufen an Grund- und Hauptschulen in Abhängigkeit von dem Anteil der Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Familiensprache im Schuljahr 2015/16 in Hessen





## 5. Verwaltung des Bestehenden oder Finanzierung des Notwendigen?

- Unzweifelhaft besteht ein Bedarf, das „Gießkannenprinzip“ bei der Schulfinanzierung zu verlassen.
- Nur wenige Länder in Deutschland berücksichtigen bei der Zuweisung der personellen Ressourcen an die Schulen aber bisher die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft und daraus sich ergebende zusätzliche pädagogische Aufgaben. Nur Hamburg differenziert auch die Mittel für einzelne Fördermaßnahmen nach Sozialindex.
- Aussagen über Qualitätsverbesserungen durch bedarfsorientierte Mittelzuweisungen sind nicht möglich. Die Länder haben sich bisher um eine Evaluation ihrer Programme nicht bemüht, oder Ergebnisse liegen noch nicht vor.

# Verwaltung des Bestehenden oder Finanzierung des Notwendigen?

- Die Mittelzuweisungen orientieren sich ausschließlich an Inputkriterien, also sozialen Merkmalen der Schülerinnen und Schüler, und nicht an ihren Leistungen oder der objektiv erfassten Sprachkompetenz.
- Insgesamt müsste die Bindung einer chancengerechten Mittelzuweisung an qualitativen Zielkriterien (bewährten pädagogischen Programmen) stärker herausgestellt und über Zielvereinbarungen abgesichert werden.

# Verwaltung des Bestehenden oder Finanzierung des Notwendigen?

Durch den Ausbau von Ganztagschulen, die Einstellung von Schul- und Sozialarbeitern, Personal für Hausaufgabenbetreuung etc. tragen die Städte und Gemeinden maßgeblich zur Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler bei.

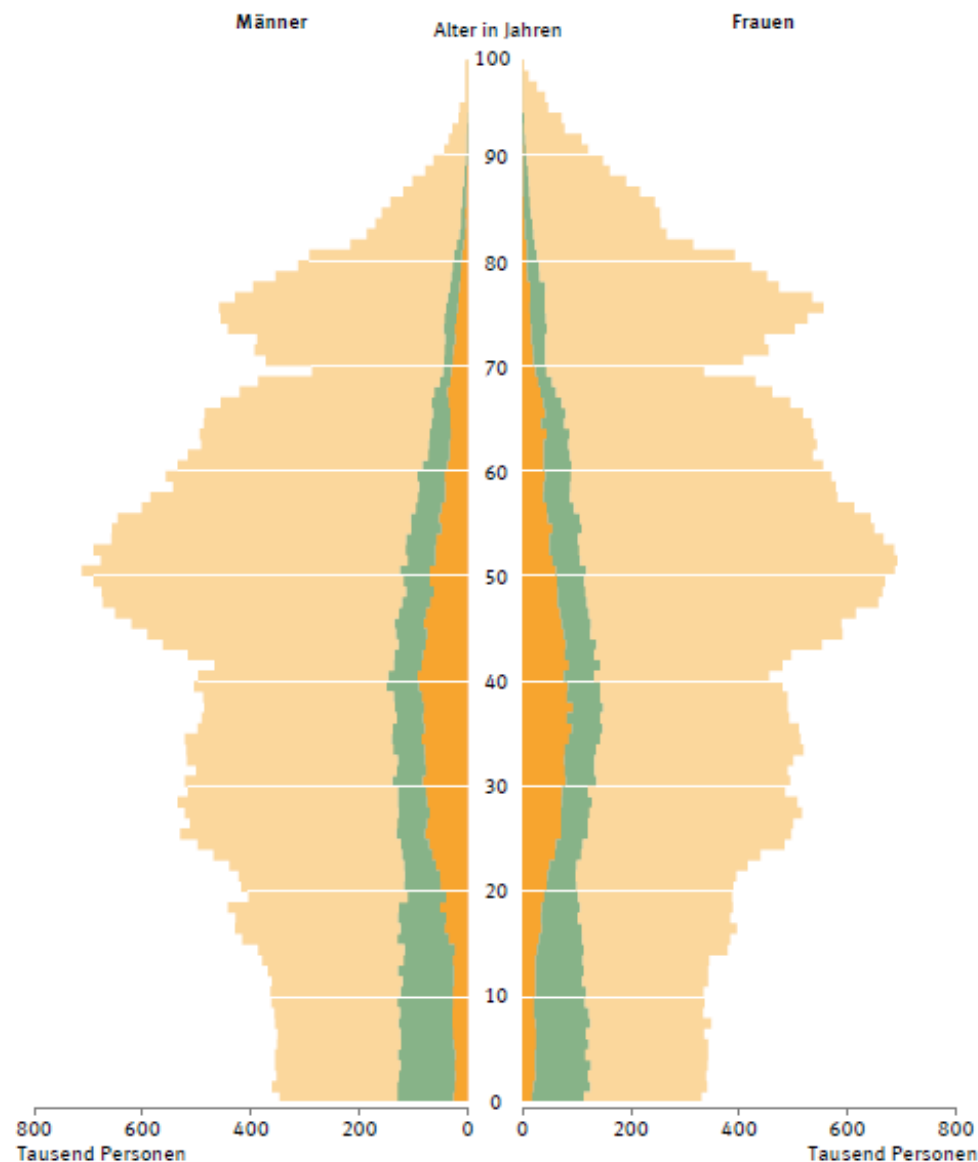
Die Finanzierungsbedingungen der kommunalen Haushalte haben für viele Kommunen mit sozialen Problemen zur Folge, mit vergleichsweise geringen kommunalen Mitteln ausgestattet zu sein. Sie haben oft nicht die finanziellen Mittel, eine chancengerechte Schulausstattung der Schulen zu fördern.

## 6. Langfristige Folgen der Verwaltung des Bestehenden für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und die ökonomische Zukunft

- Angesichts der starken räumliche Segregation der sozialen Gruppen führt die vorherrschende Verwaltung des Bestehenden ergänzt um Maßnahmen „symbolischer Politik“ - statt wirkungsvoller Maßnahmen - nicht zu Chancenausgleich und Integration.
- Verstärkt wird dies durch die Ignoranz der Schulpolitik gegenüber den „kulturellen MitbringseIn“ der Migranten: Religion und Sprache.
- Indem die Förderung von Religion und Sprache bei den Schülerinnen und Schülern, die inzwischen überwiegend deutsche Staatsbürger sind, kein Anliegen der Schulpolitik und der Aufnahmegesellschaft ist, fördert sie latent die Entstehung von Gegengesellschaften und die gesellschaftliche Desintegration.

Abb. 1 Alterspyramide 2015 nach Migrationshintergrund  
Ergebnisse des Mikrozensus

■ Ausländer   ■ Deutsche mit Migrationshintergrund   ■ Deutsche ohne Migrationshintergrund



Die geburtenstarken Jahrgänge verlassen in den kommenden 20 Jahren den Arbeitsmarkt und werden durch geburtenschwache Jahrgänge ersetzt. Durch die demografische Entwicklung wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 2035 um 5 Millionen zurückgehen, darunter 1 Mio. Akademiker (*ceteribus paribus*). Unter der 20jährigen Bevölkerung haben ein Drittel einen Migrationshintergrund. Der Bildungsstand auch der jüngeren Migranten ist deutlich schlechter als der Nichtmigranten: ein Drittel hat keine abgeschlossene Berufsausbildung.

# Langfristige Folgen der Verwaltung des Bestehenden für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und die ökonomische Zukunft

- Arbeitsmarktprognosen sagen übereinstimmend einen steigenden Qualifikationsbedarf bei den Erwerbstätigen voraus. Gleichzeitig prognostizieren sie einen langfristigen Überhang an Unqualifizierten von 1,2 bis 1,4 Millionen, die bei sinkendem Arbeitskräfteangebot wegen fehlender Qualifizierung nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden können und die Sozialsysteme belasten, obwohl Vollbeschäftigung möglich wäre.
- Mit dem unzureichenden Ausbau der beruflichen Weiterbildung und einer fehlenden Qualifizierungsoffensive für sozial benachteiligte Kinder trägt die Schulpolitik zentral die Verantwortung für zu erwartende Friktionen am Arbeitsmarkt. Sie behindert nicht nur Bildungschancen, sondern sie gefährdet auch die wirtschaftliche Zukunft der Gesellschaft.

# Fazit

- Eine sozialindizierte Lehrerzuweisung wäre ein wichtiger Baustein für eine grundsätzlich zu verändernde Schulpolitik, die nicht selbstbezüglich nur „Schulfrieden“ als Anliegen hat, sondern sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst ist: die aktiv chancenausgleichend wirken will, sich ernsthaft um die Integration von Migranten und die Förderung von sozial benachteiligten Kindern bemüht und vor allem auch nicht unseren sozialen Zusammenhalt und unsere ökonomische Zukunft verspielt.

# Vielen Dank!

## **Kontakt:**

Prof. i. R. Dr. Horst Weishaupt

Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung

Schloßstr. 29

60486 Frankfurt am Main

[weishaupt@dipf.de](mailto:weishaupt@dipf.de)